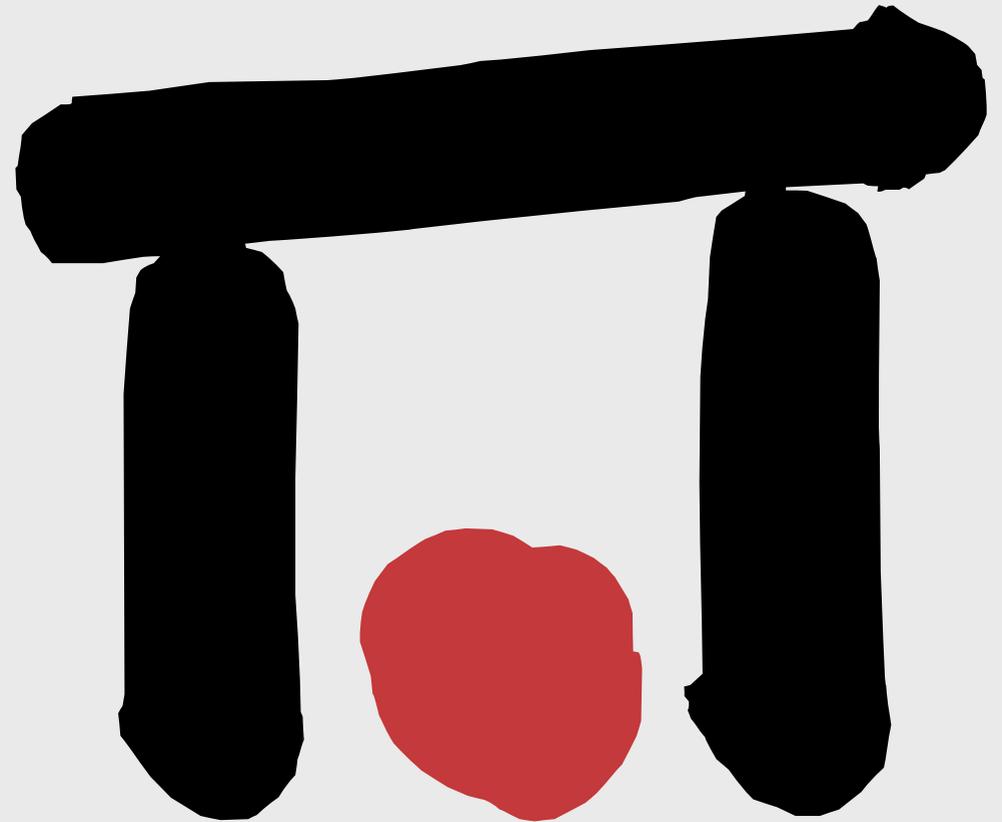




Ambulante Hilfe e.V. hilft Menschen in Armut und Wohnungsnot  
Kreuznacher Str. 41a 70372 Stuttgart Tel. 0711/520 4545 0

**Diakonie** 

# Ambulante Hilfe e.V.



# Arbeitsbericht Nr. 25

***wir sind auch inter-nett:  
www.ambulantehilfestuttgart.de***

Herausgegeben vom MitarbeiterInnenteam der  
Ambulanten Hilfe e.V.

Kreuznacher Straße 41a  
70372 Stuttgart  
Tel: 0711/ 520 45 45-0  
Fax: 0711/ 520 45 45-40  
Mail: ambulante.hilfe@gmx.de  
www.ambulantehilfestuttgart.de

Spendenkonto:  
Sparda Bank Stuttgart eG  
Kontonummer: 120 000  
BLZ: 600 90 800

Gestaltung und Fotos: Manfred E. Neumann  
Druck GuS Druck Stuttgart

**Die abgebildeten Personen und Situationen  
sind beispielhaft und entsprechen nicht  
immer der im Text dargestellten Situation.**

**Diakonie** 

<b>2</b>	<b>Wer wir sind</b>
<b>4</b>	<b>Projekt Streetwork</b>
<b>13</b>	<b>Fallbericht 1</b>
<b>16</b>	<b>Hartz IV - Arbeit</b>
<b>19</b>	<b>Zahlen 2004</b>
<b>20</b>	<b>Fachbereich Wohnen</b>
<b>22</b>	<b>Café 72 Umzug</b>
<b>24</b>	<b>Das Team</b>
<b>26</b>	<b>Fallbericht 2</b>
<b>28</b>	<b>Fallbericht 3</b>
<b>31</b>	<b>Agenda 2010</b>
<b>41</b>	<b>Fallbericht 4</b>
<b>46</b>	<b>Presse</b>

## **Wer wir sind**

Wir sind ein gemeinnütziger Verein, der Menschen hilft, die obdachlos geworden sind oder Angst um ihre Wohnung haben und sozial ausgegrenzt sind.

Uns gibt es seit 1977. Wir sind Mitglied im Diakonischen Werk Württemberg und in der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe. Wir sind ausserdem Mitgesellschafter bei der Neuen Arbeit GmbH.

Wir sind ein Team von 18 SozialarbeiterInnen (auf 13,2 Stellen), einem Wohnungsfachwirt, drei Verwaltungskräften sowie PraktikantInnen und Zivildienstleistenden.

## **Was wir tun**

Wir beraten und betreuen in direktem Kontakt, von Mensch zu Mensch.

Wir beraten direkt, kompetent, ohne Wartezeiten und ohne Zugangsvoraussetzungen. Bei persönlichen Notlagen, bei sozialen Schwierigkeiten und Wohnungsverlust helfen wir schnell und unbürokratisch.

Wir helfen beim Beantragen von Sozialleistungen, bei der Arbeitssuche, bei Problemen mit Schulden oder vor dem Gericht. Wir vermitteln kurzfristige Unterkünfte und langfristige Wohnmöglichkeiten.

Wir begleiten die Hilfesuchenden bei

Bedarf zu Ämtern, zum Arzt, in seelischen Notlagen. Wir informieren über weitergehende Hilfsmöglichkeiten und Beratungsangebote.

## **Was wir wollen**

Wir wollen Menschen helfen, die in wirtschaftliche und soziale Not geraten sind, ihre Lage zu verbessern. Wir legen Wert darauf, mit den Hilfesuchenden zusammenzuarbeiten, ihre eigenen Fähigkeiten und Entscheidungen zu fördern und dadurch ihre Selbsthilfekräfte zu stärken.

Wir wollen durch ein breitgefächertes Hilfeangebot erreichen, dass die Betroffenen gesellschaftlich wieder Fuß fassen.

## **Wir schaffen Wohnraum**

Seit 1987 bauen wir Sozialwohnungen. Mit den Fördermitteln des sozialen Wohnungsbaus haben wir bisher 98 Ein-, Zwei- und Drei-Zimmer-Wohnungen in 10 Häusern erstellt. Damit schaffen wir Wohnraum für ca. 140 Männer, Frauen und Kinder. Ein weiteres Bauvorhaben mit 10 Wohnungen ist in Planung.

Außerdem haben wir zwei Ein-Zimmer-Appartements angemietet. Alle Wohnungen (bis auf vier in der Neckarstr. 113) sind mit unbefristeten Mietverträgen vermietet.

## **Wir sind Trägerin der Zentralen Frauenberatung**

In Kooperation mit dem Caritasverband für Stuttgart und der Evangelischen Gesellschaft bieten wir für Frauen in Wohnungsnot ein eigenes Beratungsangebot in der Hauptstätterstr. 87 an.

Hilfesuchende Frauen finden hier ein Beratungsangebot in einer geschützten Umgebung. Die Beratung und Hilfe findet hier ausschließlich durch weibliche Fachkräfte statt.

## **Wir bieten Raum für Treffs und Kontakte**

Das *Café 72* ist an jedem Werktag geöffnet. Im *Café 72* können die Gäste billig Kaffee trinken, duschen und Wäsche waschen, kochen, Spiele machen, sich beraten lassen und Kontakte knüpfen.

## **Wir bieten Wohnmöglichkeiten**

Die »*Tunnelstraße 18*« in Feuerbach bietet als teilstationäre Einrichtung vorübergehende Wohnmöglichkeiten für 26 alleinstehende Männer. Die Ein-Zimmer-Appartements sind mit Kochnische ausgestattet und möbliert. Zwei Sozialarbeiter stehen tagsüber für Beratung und Betreuung zur Verfügung.

## **Wir gehen auf die Straße**

Wir machen Streetwork. Menschen in Not werden dort aufgesucht, wo sie sich aufhalten. In Bad Cannstatt betreiben wir seit diesem Jahr ein Streetwork-Projekt. Beachten Sie hierzu das Schwerpunktthema auf den folgenden Seiten.

Zusätzlich betreuen wir Menschen in einem Sozialhotel.

## **Wie wir arbeiten**

Wir sind selbstverwaltet organisiert. Wir haben keinen Chef. Bei uns entscheidet das Team. Dadurch sind die Entscheidungswege kurz und der Verwaltungsaufwand gering.

Wir arbeiten eng zusammen mit Kirchengemeinden und anderen sozialen Einrichtungen in Bad Cannstatt und in anderen Stadtteilen Stuttgarts.

Wir wollen die lokale Sozialpolitik im Sinne unserer Klienten mitgestalten. Wir leisten eine Aufgabe nach dem SGB XII §67.

Dafür erhalten wir von der Stadt Stuttgart einen pauschalen Festbetrag. Einen Eigenanteil von rund 100.000 Euro jährlich müssen wir aus Spenden und Bußgeldern aufbringen. Für unsere Arbeit brauchen wir deshalb Ihre Unterstützung.

## Ursprünge des Projekts

In der Bad Cannstatter Altstadt sind verschiedene soziale Randgruppen in der Öffentlichkeit anzutreffen. Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten, wie Arbeitslosigkeit, Wohnungslosigkeit und Sucht sowie Menschen mit psychischen Auffälligkeiten oder Erkrankungen nutzen verschiedene Plätze als täglichen Treffpunkt. Dies sind im wesentlichen der Vorplatz am Bahnhof, der Eingang zur Bad Cannstatter Marktstraße und Fußgängerzone sowie ein schattiges Plätzchen am Neckar neben dem Parkhaus Mühlgrün. Die Anzahl der Personen an den verschiedenen Plätzen schwankt nach Uhrzeit, Jahreszeit und Wetter.

Im Zusammenhang mit diesen Treffpunkten wurde 2002/2003 von Verschmutzungen der Altstadt, tätlichen Auseinandersetzungen und Pöbeleien, die von diesen Randgruppen ausgehen, berichtet. Insbesondere der örtliche Handels- und Gewerbeverein hielt diese Situation für nicht mehr zumutbar und verlangte eine konkrete Lösungsstrategie.

Um diesem Problem mit sozialen Randgruppen in der Bad Cannstatter Altstadt zu begegnen, beschäftigt sich seit März 2003 ein »Runder Tisch« mit diesem Thema. Hierbei treffen sich Vertreterinnen und Ver-

treter der verschiedenen sozialen Dienste und Einrichtungen: Ambulante Hilfe e.V., Sozialpsychiatrischer Dienst Bad Cannstatt und Wohnungsnotfallhilfe der Stadt Stuttgart, Handel- und Gewerbeverein, Polizei, Amt für öffentliche Ordnung, Jugendamt, Sozialamt, eine Gemeinderätin der Stadt Stuttgart und eine Bezirksbeirätin von Bad Cannstatt.

Der »Runde Tisch« stimmte dem Vorschlag der Ambulante Hilfe e.V., des Sozialpsychiatrischen Dienstes und der Wohnungsnotfallhilfe Stuttgart in der Sitzung vom 19.09.03 zu, dass in Bad Cannstatt Straßensozialarbeit mit einer fachbereichsübergreifenden Konzeption entwickelt und installiert werden soll.

Besonders zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang, dass eine integrative Lösungsstrategie von allen Beteiligten verfolgt und Vertreibung bzw. Ausgrenzung von den angesprochenen Personengruppen vermieden werden soll.

Zur Förderung des Projekts wurde im Frühjahr 2004 ein Antrag bei Aktion Mensch eingereicht – der dann Anfang 2005 von Aktion Mensch für 3 Jahre bewilligt wurde. Aktion Mensch trägt 70% der gedeckelten Kosten, die restlichen 30% müssen durch Eigenmittel der Träger Ambulante Hilfe e.V. und Caritas sowie über Spenden, finanziert werden.

Als Zielgruppe für dieses Projekt wur-

den Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten nach dem § 67 SGB XII und Menschen mit psychischen Auffälligkeiten oder Erkrankungen nach § 53 SGB III definiert.

Ziel dieser Arbeit ist vor allem, eine helfende Beziehung zu den betroffenen Menschen aufzubauen, sie im Bedarfsfall an entsprechende Hilfsangebote – besonders an die Fachberatungsstelle der Ambulante Hilfe e.V. in Bad Cannstatt oder andere zuständigen Beratungsstellen der Wohnungsnotfallhilfe und der Sozialpsychiatrie heranzuführen und sie in ärztliche Versorgung zu vermitteln.

Voraussetzung hierzu ist, dass eine vertrauensvolle Basis durch kontinu-

ierlichen Kontakt aufgebaut wird, die betroffenen Menschen über diese Hilfsmöglichkeiten zu informieren, sie zu deren Inanspruchnahme motivieren und im Bedarfsfall zu begleiten.

Zwei weitere Aufgaben sind:

Erstens als Ansprechpartner für Cannstatter Bürger und Polizei zur Verfügung zu stehen und bei Bedarf eine vermittelnde Rolle zu übernehmen.

Zweitens als Kooperationspartner für andere Fachberatungsstellen und Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, der Sozialpsychiatrie und ortansässigen Ärzte zu fungieren.

Seit März 2005 sind wir – Iris Schüle (Ambulante Hilfe, 50%) Manuel Borrego Beltran (Caritas, 25%) und Christi-



an Bölli (Caritas, 25%), an drei Tagen wöchentlich in der Bad Cannstatter Altstadt zwischen 3 und 4 Stunden unterwegs. Praktisch sieht das so aus, dass wir immer zu zweit arbeiten. Fachliche Qualifikationen und berufliche Erfahrungen haben wir in der Arbeit mit Wohnungslosen Menschen, in der Sozialpsychiatrie, dem Gesundheitswesen und der Suchthilfe. Im Laufe unserer Arbeit stellte sich heraus, dass diese Qualifikationen in der alltäglichen Arbeit auf der Straße



von großem Vorteil sind. Zu Beginn lagen die Schwerpunkte unserer Tätigkeit darin, Kontakt zu den verschiedenen Gruppen herzustellen und den Menschen zu vermitteln, worin denn nun genau unsere Arbeit besteht. Indem wir kontinuierlich und verlässlich die Menschen an ihren Treffpunkten aufsuchten und an ihrer ganz persönlichen Geschichte Interesse zeigten, konnten wir langsam auch eine vertrauensvolle Beziehung zu »Stammgästen« aufbauen. Vor allem ganz konkrete, sofortige und unbürokratische Hilfeleistung wie die Organisierung einer Notübernachtung, eine Terminvereinbarung mit SozialarbeiterInnen der Ambulante Hilfe oder die Begleitung zum Arzt und Behörden, half uns, dieses Vertrauen zu gewinnen.

### **Arbeitsalltag bei der Straßensozialarbeit**

Als Beispiel unserer Arbeit hier die Schilderung eines »typischen« Streetwork-tages:  
Gegen 10.00 Uhr kommt Manuel Borrego Beltran, mein Kollege vom Caritas, in die Ambulante Hilfe. Hier besprechen wir Vorkommnisse der letzten Tage, bzw. Pläne und Vorgehen für unseren heutigen Arbeitstag auf der Straße: »Müssen wir bestimmte Flyer oder Broschüren mitnehmen,



gab es Infos, die wir für unsere Kunden einholen wollten?»

Um 10.30 Uhr machen wir uns auf den Weg. Erstes Ziel ist der Platz vor dem Bahnhof in Bad Cannstatt. Bei unserem Eintreffen sind bereits 8 Männer und eine Frau anwesend. Sie sitzen auf einer Bank im Schatten eines Baumes und unterhalten sich. Herr C. war heute morgen schon in der Ambulanten Hilfe und grüßt von weitem mit einem Winken. Auch die anderen Anwesenden begrüßen uns freundlich – nur Frau L. fragt zänkisch, ob wir kein Büro hätten in dem wir uns aufhalten könnten.

Nach einem halben Jahr Sozialarbeit auf der Straße kennen wir die meisten Personen die wir antreffen nun schon seit einiger Zeit. Unser Arbeitsrhythmus und unsere Aufgaben sind ihnen bekannt. Darum kommen wir schnell in Kontakt und ins Gespräch. Herr D. erkundigt sich nach einem Kumpel, der seit einer Woche im Krankenhaus ist. Er möchte ihn besuchen und lässt schon mal Grüße ausrichten, da wir auf unserem Weg durch die Stadt bei ihm im Rot-Kreuz Krankenhaus vorbeischauchen wollen.

Herr G. – auch ein guter Bekannter, spricht mich an weil er gestern wieder

beim Schwarzfahren erwischt wurde und nun eine Strafanzeige droht. Er weiß nicht was er jetzt machen soll. Ich empfehle ihm, zur zuständigen Kollegin bei der Ambulanten Hilfe zu gehen und mit ihrer Hilfe eine Ratenzahlung mit der SSB zu vereinbaren. Ansonsten erkundige ich mich ob er sich nicht einen Pass Orange machen lassen will, um in Zukunft solche Anzeigen zu vermeiden, und informiere ihn, dass er mit einer Bonuscard – auf die er Anspruch hat - sehr günstig zu einer Monatsfahrkarte kommen kann. Er bedankt sich und kündigt an, dass er das morgen alles gleich in die Wege leiten will. Während ich im Gespräch bin, vertieft mein Kollege den Kontakt zu Herrn U.

den wir schon seit den Anfängen unseres Projekts kennen und immer mal wieder am Bahnhof antreffen. Herr U. stand vor einiger Zeit kurz davor, dass in seiner Wohnung Strom und Gas abgestellt wird, weil er die monatlichen Raten an die EnBW nicht mehr bezahlen konnte. Wir vermittelten ihn damals zur Beratung an eine Kollegin der Ambulante Hilfe, die dann im Laufe der letzten Wochen die Probleme abwenden konnte. Herr U. hat sich jetzt vorgenommen, immer gleich das Beratungsangebot der Ambulanten Hilfe in Anspruch zu nehmen, wenn er wieder unangenehme Post bekommen sollte. Im Laufe der Zeit stößt Herr P. der zur Zeit beim SBR im Gartenbereich



arbeitet und nun Feierabend hat, seine Freundin Frau K. die in der Frauempension wohnt und ein uns bisher unbekannter Mann zu der Gruppe am Bahnhof. Wir stellen uns dem Neuen – Herr W. - kurz vor und bieten ihm an, dass er sich bei Fragen und Problemen gerne an uns wenden kann. Er legt gleich los, dass er unzufrieden sei mit seiner augenblicklichen Unterkunft – einer betreuten Einrichtung für wohnungslose Menschen und ob wir ihm behilflich sein könnten bei einem Wechsel in eine andere Einrichtung. Wir empfehlen ihm, sich an seinen

zuständigen Sozialarbeiter zu wenden und ihm gegenüber seine Wünsche zu äußern. Mit dem Ratschlag scheint er nicht ganz zufrieden zu sein und nimmt zur Sicherheit noch einen Flyer von der Ambulante Hilfe mit. Kurz bevor wir gehen, erkundigen wir uns noch bei Frau K., deren Finger nach einer Brandverletzung sehr entzündet war, ob sie zum Verbandswechsel bei ihrem Arzt war. War sie nicht, obwohl sie weiß, dass es dringend nötig wäre. Auf solche und ähnliche Situationen stoßen wir häufig: Menschen mit Verletzungen, entzündeten Wunden, gebrochenen

oder verstauchten Gliedern, Hautausschlägen und offenen Beinen. Warum sie nicht zum Arzt wollen, hat ganz verschiedene Gründe. Manchmal fehlt es an Geld für die Praxisgebühr und nötige Medikamente, manchmal ist es die Angst vor dem Arzt oder den befürchteten Schmerzen, manchmal die Furcht vor einem folgenden Krankenhausaufenthalt und manchmal die Furcht vor den Blicken der »normalen Bürger« im Wartezimmer. So braucht es oft viel Geduld, Einfühlungsvermögen und Überredungskunst oder eben eine 10.- Euro Spende für die Praxisgebühr, um eine kranke Person dazu zu bewegen, sich medizinisch versorgen zu lassen. Selbst dann gelingt es manchmal erst wenn die Schmerzen nicht mehr zu ertragen sind.

Dies scheint auch der Fall zu sein bei Herrn S., einem uns bisher unbekanntem Mann der auf einer Bank liegt und ein Nickerchen macht. Er hat eine tiefe offene Kopfwunde, will aber von einem gemeinsamen Arztbesuch nichts wissen und bittet uns nachdrücklich, ihn in Ruhe zu lassen.

Solche Abwehrhaltungen akzeptieren wir und indem wir das tun, gelingt es uns manchmal nach Wochen oder Monaten, doch einen Kontakt herzustellen und diesen Personen in der ein oder anderen Weise behilflich zu sein.

Nach über einer Stunde Aufenthalt verabschieden wir uns und machen

uns auf den Weg Richtung Marktstraße. Auf dem Weg tauschen wir uns über unsere verschiedenen Gespräche aus und notieren wie viele Menschen wir angetroffen haben und welche Themen aktuell waren. Insgesamt war die Atmosphäre ruhig. Die Menschen die sich hier am Platz aufhalten, kümmern sich darum, dass er nicht vermüllt, dass es nicht zu gewalttätigen Konflikten innerhalb der Gruppe kommt oder dass Passanten angemacht werden. Sie möchten keinen Ärger mit der Polizei oder den Bürgern Bad Cannstatts – um sich ihren Treffpunkt zu erhalten.

An den Bänken vor dem Kaufhof – einem weiteren Treffpunkt – treffen wir keine Personen an. Schon seit mehreren Wochen ist es hier ruhig, nur noch zwei Frauen sind hier relativ regelmäßig anzutreffen. Darum machen wir uns weiter auf den Weg an den Neckar. Dort am Flussufer ist ein kleiner schattiger Park mit Bänken und Tischen – ein weiterer beliebter Treffpunkt, besonders an heißen Tagen.

Hier treffen wir Herrn G.. Schon seit Wochen macht er, nachdem er wegen aggressiven Verhaltens aus einer betreuten Einrichtung für Wohnungslose Menschen geflogen ist, am Flussufer Platte. Herr G. hat keinen Kontakt mehr zu seiner zuständigen Beratungsstelle, ist oft alkoholisiert und schafft es darum nicht, Termine die wir mit ihm und für ihn bei dieser



Beratungsstelle vereinbart haben, einzuhalten. Gleichzeitig ist er sehr frustriert, dass er es nicht schafft, hat genug vom draussen schlafen. In den letzten zwei Wochen trank er nicht mehr so viel, war im Café 72 um sich dort zu duschen und seine Wäsche zu waschen. Einen Vorstellungstermin in einer anderen betreuten Einrichtung hat er trotzdem sausen lassen. Darum ist Inhalt unseres Gesprächs, ihn zu motivieren und mit ihm neue Perspektiven zu entwickeln. Dass er selbst in die Gänge kommen muss, um diesen Plänen einen Schritt näher zu kommen, ist ihm bewusst. Ansonsten sind noch 9 weitere Personen anwesend. Frau S. möchte gerne

mit unserem Arbeitshandy ihren Freund in der JVA anrufen, P. und Herr N. haben es sich auf der Wiese gemächlich gemacht und spielen Schach. Herr R. möchte wissen, wie er zu einem kostenlosen Rechtsbeistand kommt. Herr L. kommt frisch aus der Klinik, er war dort für zehn Tage um sich vom Alkohol zu entgiften. Er werde ganz bestimmt nicht rückfällig. Er müsste in nächster Zeit einfach zu viel erledigen; Scheidung organisieren, Wohnung auflösen, da müsse er einen klaren Kopf behalten. Die Situation ist entspannt, die Menschen freundlich miteinander im Gespräch. Auf dem Rückweg besuchen wir Herrn E., im Krankenhaus.



Herr E. ist uns fast seit unserem ersten Arbeitstag Anfang März dieses Jahres bekannt. Wir trafen ihn an einem eiskalten Dienstag morgen beim Bahnhof Cannstatt und sprachen ihn an weil es offensichtlich schien, dass er Platte machte so bepackt mit Schlafsack und Rucksack wie er war. Immer war er freundlich, suchte den Kontakt und erzählte Bruchstücke aus seinem Leben. Ganz offensichtlich schien es ihm gut zu tun, dass regelmäßig Menschen bei ihm vorbei schauten, den Kontakt mit ihm suchten und sich Zeit für ein Gespräch mit ihm nahmen. Seit zwei Jahren macht er jetzt in Cannstatt Platte, selbst im tiefsten Winter war er nicht zu bewegen in

eine Notunterkunft zu gehen oder das Winternotquartier in Anspruch zu nehmen. Jedoch machten wir ihn mit »unserem« Café 72 bekannt und nach einiger Zeit nahm er dort die Dusch- und Waschgelegenheiten wahr, besorgte sich dort als es wärmer wurde auch ein »neues« Outfit. Im Juni bat er uns darum, ihm behilflich zu sein, einen 1,50 Euro-Job für ihn zu suchen. Dafür musste aber allerlei geklärt werden. Aus diesem Grund gab ich ihm Termine in unserer Beratungsstelle. Es konnte erreicht werden, dass Herr E. zur Probe bei einem Tagelöhnerprojekt des SBR mitarbeiten konnte. Dabei handelt es sich um Tätigkeiten im Freien, hauptsächlich die Rein-



zu machen. Herr E. lehnte es strikt ab, einen Arzt aufzusuchen. Weder das Angebot, ihn zu begleiten, noch die Überredungskünste seiner Kumpels konnten ihn dazu bringen. Die Situation spitzte sich zu als der Fuß stark zu riechen anfang und Maden auf den Schuhen sichtbar wurden. Jetzt wurden selbst die Kumpels sauer und ließen Herrn E. - auch aufgrund des Geruchs - alleine auf seiner Bank sitzen. Zwölf Tage nach dem ersten Gespräch über einen möglichen Arztbesuch willigte Herr E. dann endlich ein, sich ins Krankenhaus begleiten zu lassen. Aber nur unter der Bedingung, dass wir ihm neue Schuhe besorgen. Seiner Ansicht nach kamen die Tiere nur, weil er gebrauchte Schuhe an hatte und er diese auch längere Zeit im nassen Zustand getragen habe. Diese neuen Schuhe sagte ich ihm gerne zu – und so verabredeten wir uns für den nächsten Tag am Bahnhof, um gemeinsam zum Krankenhaus zu gehen. Meinen Kollegen der Ambulanten Hilfe gegenüber konnte ich gut die Notwendigkeit einer Schuhspende für Herrn E. begründen und ihm dann auch ein Paar besorgen.

Am folgenden Tag war Herr E. pünktlich am Platz. Nachdem er sich ausgiebig von seinen Kumpels verabschiedet und um deren Besuch im Krankenhaus gebeten hat, machten wir uns auf den Weg. Unterwegs wurde offensichtlich, dass Herr E. bereits

starke Schmerzen hatte. Er gab zu, dass er nur aus diesem Grund mitkäme – und dass er festgestellt habe, »dass es statt besser immer schlimmer mit den *Tieren*« geworden sei.

Es war gut, dass wir Herrn E. ins Krankenhaus begleitet haben, denn er wurde nicht gerade mit offenen Armen empfangen, was aufgrund seines Geruchs auch verständlich war. Nach etwas Hin und Her wurde er stationär aufgenommen und mit dem Versprechen, ihn am nächsten Tag zu besuchen, überließen wir ihn den Pflegekräften. Wir befürchteten ein wenig,

dass Herr E. gleich wieder auf eigene Verantwortung das Krankenhaus verlassen würde, unterstellten wir ihm doch, dass er es dort nicht aushalten würde. Aber da hatten wir ihn ordentlich unterschätzt. Am nächsten Tag begrüßte er uns fröhlich und dankbar. Er fühle sich sehr wohl, »wie in einem 4 Sterne Hotel«, das Essen schmecke lecker und er müsse mindestens zwei Wochen stationär behandelt werden. Er war ganz offensichtlich froh, diese Entscheidung getroffen zu haben und schob die Verantwortung seines langen Zögerns seinem »sturen Kopf« zu.

haltung von Parkanlagen. Dies gefiel Herrn E. sehr gut, regelmäßig ging er zum arbeiten, selbst bei Wind und Wetter. Den Kontakt konnten wir weiterhin aufrecht erhalten, denn Herr E. kam weiterhin zum Bahnhof um seine Freunde dort zu treffen.

Vor etwa drei Wochen bemerkte mein Kollege, dass Herr E. ein geschwollenes und rotes Bein hatte. Darauf angesprochen reagierte Herr E. zum ersten Mal auffallend ablehnend. Es sei nichts, was er nicht selber wieder hinbekommen würde. Im Laufe der nächsten Tage war abzusehen, dass das Bein nicht besser sondern schlimmer wurde. Doch es war nichts



Hilfe aus einer Hand, »Die bedeutendste und umfassendste Arbeitsmarktreform in der Geschichte der Bundesrepublik (Wolfgang Clement am 01.07.2004)«. Milliardengrab, Wendezeit in Deutschland, Demontage der Sozialpolitik.

Kaum ein Gesetzgebungsverfahren hat in den letzten Jahren so polarisiert und war solange im Gespräch wie die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, bekannt geworden unter Hartz IV. Ein Indiz für die Häufigkeit der Diskussion ist sicherlich die Ernennung zum Wort des Jahres 2004.

Bei soviel unterschiedlicher öffentlicher Darstellung, fällt es schwer die möglichen Auswirkungen und Wirkungstendenzen abzusehen. Drei Aspekte im positiven und negativen werden oft nicht ausreichend beleuchtet.

- Der Fokus auf »Arbeit« kann im Umkehrschluss, die Abkehr der Hilfe bei Bedürftigkeit bewirken.
- Die Verlagerung der Verantwortung auf Bundesebene, bleibt mittelfristig nicht ohne negative kommunale Auswirkungen.
- Der Aufstieg aus dem Hilfesystem in Eigenständigkeit gelingt weniger als vor Hartz IV.
- Ansatz zu realistischen statistischen Werten
- Beschäftigung erschwert Schwarzarbeit

Die Hartzgesetze I-IV legen den Fokus auf den Arbeitsmarkt. Ausgehend von der These, »Wer entlohnte Arbeit hat, ist nicht mehr bedürftig«, sollen Arbeitslose schneller in Arbeit vermittelt werden, aktiviert und die Eigenverantwortung gesteigert werden. Die Fokussierung der Unterstützung Bedürftiger auf »Arbeit«, ist angesichts der drängenden Probleme auf dem Arbeitsmarkt nachvollziehbar, ist aber nicht umfassend und wird andere gesellschaftliche Folgen nach sich ziehen.

Eine wesentliche Gefahr in dem Ansatz besteht in dem Umkehrschluss. Nur wer arbeiten kann, bekommt umfassende Hilfe, nur wer der Gesellschaft nützt, wird ausreichend unterstützt. Paart man den Ansatz mit knappen finanziellen Ressourcen und einem wirksamen Controllingssystem, das nur die Größe »Integration auf den Arbeitsmarkt« als harten Erfolgsfaktor anerkennt, können ganze Zielgruppen durch das Hilferaster fallen. In der täglichen Arbeit ist diese Tendenz teilweise schon zu erahnen, im Sprachgebrauch der Bundesagentur ist die Linie schon angekommen - der Begriff »Selektion« hat bei der Analyse der Zielgruppe seinen offiziellen Platz gefunden.

Unter dem Strich bleiben ganze Zielgruppen, wie psychisch Kranke oder Wohnungslose, ohne aktivierende Hilfe. Die gesellschaftliche Einglie-

derung muss sich ohne den Faktor Arbeit vollziehen, was effektiv nicht möglich ist.

Ein weiterer kritischer Faktor ist die Trennung zwischen kommunaler Verantwortung und möglicher Kompetenz. Die Kommune hat neben arbeitsmarktpolitischen Interessen einen natürlichen Wunsch an der Gestaltung des Gemeinwesens, dem Aufbau einer sozialen Infrastruktur und anderen Aufgaben im Sinne des Gemeinwohls. Diese Aufgaben stehen oft in Konkurrenz oder stärken zumindest nicht die arbeitsmarktpolitischen Ansätze der eher bundespolitisch orientierten auf den Arbeitsmarkt gerichteten Politik der ARGEN. Daraus folgt, dass bestimmte kommunale Projekte nicht mehr finanziert werden, da sie keine vermittlungsorientierte Relevanz haben.

Der oft bemängelte Verschiebepfahle zwischen den Sozialsystemen Arbeitslosengeld und Sozialhilfe hat die Möglichkeit der Rückkehr in das andere System eröffnet. Diese Rückkehr hat sich in Vermittlungszahlen aus der Sozialhilfe von regional und konjunkturabhängig von 10% bis 30% bezogen. Die derzeit ermittelten Zahlen aus dem ALG II Bezug sind deutlich geringer. Ob die Ursachen systemische Fehler oder Umstellungsprobleme beinhalten, kann derzeit nicht abschließend beurteilt werden – zumindest ist es ein ver-

renes Jahr.

Die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ermöglicht den Sozialhilfeempfängern weitergehende Eingliederungsmöglichkeiten und erfasst diese statistisch. Die erschreckend hohen Arbeitslosenzahlen im Februar 2005 verursachten emotional einen grossen Aufschrei, waren aber nur aufgrund einer veränderten Zählweise zustande gekommen. Nun wird das reale Ausmass in Ansätzen deutlich. In der Bundesrepublik fehlen gut 5 Millionen Arbeitsplätze, um eine Vollbeschäftigung zu erreichen.

Durch den veränderten Ansatz »Fordern und Fördern« werden die Betroffenen zeitlich gebunden. Der Raum für Schwarzarbeit und somit Leistungsbetrug wird geringer. Dieses ist sicherlich ein gewünschter positiver Nebeneffekt.

Bezogen auf die Situation in Stuttgart muss man nach fast einem Jahr mehrere Aspekte festhalten. Das kommunale Engagement und der Gestaltungswille ist nach wie vor vorhanden, teilweise aber nicht mehr so umsetzbar.

Die in Deutschland vorhandenen Umsetzungsschwierigkeiten in den ARGEN haben auch nicht vor Stuttgart haltgemacht. Mittlerweile lichtet sich der Nebel des Chaos langsam. Es kehrt ein Zustand ein, der als »normal« zu bezeichnen ist, Konturen von Strukturen werden deutlich, Probleme

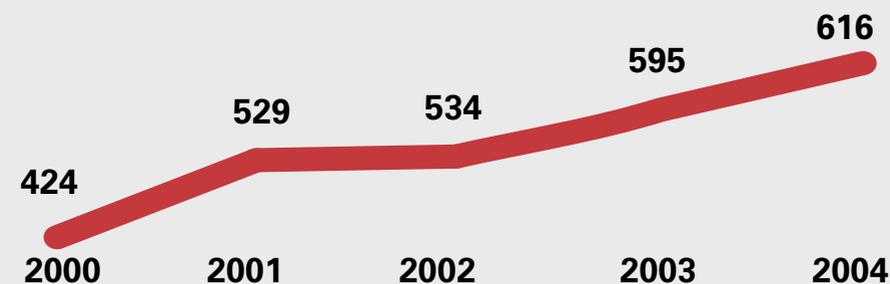
bleiben aber. Viele MitarbeiterInnen des Jobcenters leiden an qualitativer und quantitativer Überforderung. Das technische Handling der Systeme raubt viel Zeit für etwaige Eingliederungsgespräche. Der große Wurf zeichnet sich derzeit (noch?) nicht ab.

**Marc Hentschke ist Geschäftsführer der Neuen Arbeit eGmbH. Die Ambulante Hilfe e.V. ist Mitgesellschafter und hält momentan 1,75% der Geschäftsanteile.**

Marc Hentschke



**Hast Du nur Hartz IV in den Taschen, gibt es selten was zu naschen ...**



**stetiger Anstieg der Klientenzahlen**

Im Jahr 2004 haben die Fachkräfte der Regionalen Fachberatung Stuttgart Ost insgesamt 616 Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten beraten und unterstützt.

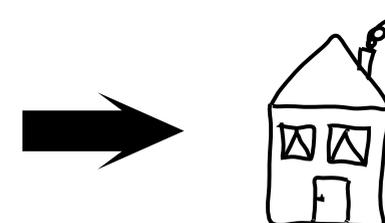
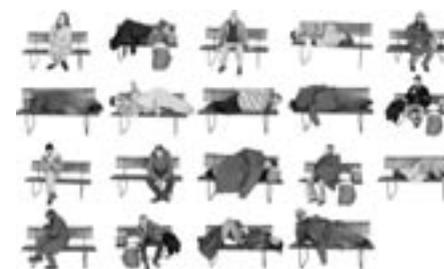
Aus dem Vorjahr haben wir 193 Personen übernommen. 423 Personen sind neu – oder wiedergekommen. Im Jahr 2004 gab es insgesamt 189 planmäßige Beendigungen und Vermittlungen in andere Hilfsangebote (stationäre-, teilstationäre Einrichtungen, Betreutes Wohnen):

14 Personen sind im Jahre 2004 verstorben.

Die Klientenzahlen steigen deutlich: Im Jahr 2000 waren es 424 Personen

Im Jahr 2001 waren es 529 Personen  
Im Jahr 2002 waren es 534 Personen  
Im Jahr 2003 waren es 595 Personen  
Im Jahr 2004 waren es 616 Personen  
Insgesamt konnten 19 Personen mit Wohnraum versorgt werden. Die Aufteilung unter die verschiedenen Vermieter ergibt:

- 1 Person wurde in eine Fürsorgeunterkunft vermittelt,
- 7 Personen bekamen ihre Wohnung von der Ambulanten Hilfe,
- 7 Personen konnten wir auf dem privaten Wohnungsmarkt Wohnraum erschließen,
- 4 Personen wurden mit Sozialwohnungen von anderen Trägern versorgt.



**Runter von der Bank - rein in die Wohnung: 19 Personen konnten mit Wohnraum versorgt werden.**



## **Einweihung unseres 10. Bauprojektes**

Unser 10. Bauprojekt: Schwieberdinger Straße 79, Stuttgart-Zuffenhausen. Seit 1987 haben wir eigene, mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus finanzierte, Wohnungen. 2005 erreichen wir mit Fertigstellung unseres 10. Bauprojekts in Zuffenhausen einen Bestand von 98 eigenen Sozialwohnungen, verteilt auf 8 Mietshäuser und 2 Eigentümergemeinschaften. Außerdem haben wir 2 angemietete und untervermietete Wohnungen, so dass wir derzeit über 100 Wohnungen verfügen. Damit bieten wir insgesamt

136 Menschen Wohnraum. Alle Wohnungen, bis auf 4 kleine Apartments in der Neckarstraße, sind unbefristet vermietet. 10 weitere Wohnungen in Hedelfingen sind in Planung und sollen bis Anfang 2007 fertiggestellt werden. In der Schwieberdinger Straße in Zuffenhausen befindet sich unser neuestes Bauprojekt, ein Mietshaus mit 15 Wohnungen für 18 Personen. Zum Bau dieses Hauses bot uns die Stadt Stuttgart ein ebenes, gut zu bebauendes Erbbaurechtsgrundstück (für 99 Jahre zu einem reduzierten

Erbbauzins) an, das verkehrsgünstig gelegen ist und Einkaufsmöglichkeiten in unmittelbarer Nähe aufweist.

Letzteres ist für unsere Mieterinnen und Mieter oft wichtig, denn sie besitzen keine Autos und viele sind aufgrund ihres Alters oder schlechter körperlicher Verfassung auch nicht gut zu Fuß.

Finanziert wurde das Bauvorhaben mit Fördermitteln des Landeswohnraumförderungsprogramms 2003, der Landeshauptstadt Stuttgart, des Diakonischen Werks Württemberg sowie der Stuttgarter Zeitung / »Hilfe für den Nachbarn e. V.«.

Durch diese Förderung können die Mieten so festgelegt werden, dass sie für MieterInnen innerhalb der Einkommensgrenzen des sozialen Wohnungsbaus finanzierbar bleiben.

Die Wohnungen werden auf Basis des Mietrechts unbefristet an Stuttgarter Wohnungssuchende mit entsprechendem Wohnberechtigungsschein vermietet.

Die Personen sind zum Zeitpunkt der Vermietung in der Regel bei uns in Beratung und Betreuung und dieses Angebot besteht weiterhin.

Die enge Zusammenarbeit zwischen Mietverwaltung und Sozialarbeit versetzt uns in die Lage auch Menschen mit Wohnungen zu versorgen, die bei anderen Vermietern keine Chance haben.

Dass in unseren Häusern Menschen leben, die mit Armut und teilweise auch mit dem Alkohol zu kämpfen haben, bedeutet für uns einen erhöhten Aufwand im Bereich der Sozialarbeit und der Mietverwaltung. Dieser Einsatz lohnt sich jedoch, denn wir haben eine geringe Fluktuation, Mietausfälle halten sich im Rahmen und auch das Miteinander in den Häusern funktioniert in der Regel gut. Auch das Verhältnis zu den Nachbarn ausserhalb, die häufig zunächst skeptisch sind, entwickelte sich bisher bei allen unseren Häusern mit der Zeit positiv.

Da wir weiterhin zahlreiche Menschen in Beratung haben, die keine Wohnung finden können, sehen wir uns auch künftig in der Pflicht, weiter zu bauen.



**Die Einweihung neuer Wohnungen ist immer ein Grund zur Freude**

*Würde des Menschen  
Nichts davon, ich bitt' euch.  
Zu essen gebt ihm, zu wohnen;  
Ist die Blöße bedeckt,  
Gibt sich die Würde von selbst.*

*Friedrich Schiller*

Dieser Sinnspruch Schillers begrüßt unsere Gäste im neuen Café 72 in der Waiblinger Straße 30.

Nach dem Ende des Mietverhältnisses war es nicht leicht, neue und größere Räume für unser Café zu finden. Nicht jeder Vermieter ist bereit, unsere Einrichtung mit nicht ganz einfachen Besuchern zu akzeptieren. Zudem war unser Wunsch größere Räume anzumieten auch mit mehr Mietkosten verbunden. Nach einjähriger Suche hatten wir Erfolg. Der jetzige Vermieter hatte Verständnis für unsere Gäste und war bereit, die vom Sozialamt vorgegebene Beschränkung der Miethöhe anzunehmen.

Die neue Einrichtung – zusätzliche Tische und Stühle, Regale und Schränke -, die Renovierung des alten Cafés, der Umbau und der Einbau unserer Küche in der neuen Tagesstätte war mit einigen Kosten verbunden. Dank einer Spende aus der Weihnachtsak-

tion der Stuttgarter Zeitung und einer Spende der LBBW für Mobiliar konnte fast die Hälfte der zusätzlichen Ausgaben abgedeckt werden.

»Hier kann man sich wohlfühlen«, ist die einhellige Meinung. Heller, größer mit ca. 60 Sitzplätzen endlich ausreichend für alle, die sich bei uns versorgen wollen oder müssen, weil sie keine Bleibe haben. Auch die Besucher bei unserem Einweihungsfest im Juli konnten sehen, dass nun auch Platz ist für Aktivitäten wie z.B. Musik hören, im Werkraum basteln, am Computer schreiben ohne gestört zu werden. Ein zusätzlicher Werk- und Materialraum macht dies möglich.

Die Besucherzahl hat sich erhöht, da keiner mehr wegen Überfüllung gehen muss.

Das neue Café kann dazu beitragen, - im Sinne von Schillers Worten - unseren Benachteiligten ein Stück Würde zurückzugeben.



**mehr Platz in  
helleren Räumen:  
das neue Café 72**



Martina Daum



Maria Hassemer-Kraus



Markus Tröster



Iris Schüle



Alexander Englmann



Friedemann Frasch



Angelika Brautmeier



Diana Neugebauer



Martina Eberle



Manfred E. Neumann



Marga Luikart



Birgit Ehret-Bresing



Lotta Bürohund



Angelika Frank



Manuela Hausmann



Willi Schraffenberger



Andreas Plank



Renate Mausner



Karen Brettschneider



Michael Knecht



Iris Brüning



Peter Schumacher



Beate Wagner



Gabriele Abele

Innere Ausreinigung  
Deutlich seh ich die Straßen  
vor mir  
und doch fülle ich  
über den kleinsten Stein  
da sich über den Weg legt.

Deutlich hör ich die Momente  
in mir  
und doch verschwiegen alle  
um nicht genau sagen zu müssen  
ich bin es selbst da sich an sich hört.

Deutlich besitz ich die Werte  
um nicht  
und doch zerlasse ich  
alle die aufgeschriebenen Schichten  
meins Tuns und Sains.

Aber immer wieder  
verschwinde ich die Schichten  
um nicht durchschauen zu können

Werkstatt → Bihlplatz am 10.09.2005/09  
v. d. M. M. M. M. M.





Herr V. kam schon im vorletzten und letzten Jahr in unsere Beratungsstelle. Immer wieder ging ihm das Geld aus, bekam er ein Schreiben wegen seiner Schulden oder hatte ein anderes Problem. Schon damals war klar: Herr V. ist alkoholkrank und leidet wegen des jahrelangen Alkoholkonsums unter Polyneuropathie, einer Nervenerkrankung, die mit der Zeit das selbstständige Gehen unmöglich macht. Ende 2004 teilte uns das Sozialamt mit, dass Herr V. dringend unsere Hilfe braucht, dass seine Wohnung in einem schlechten Zustand sei.

Beim ersten Hausbesuch sah es so aus: Überall lagen Mülltüten, die Küche verdreckt, der Boden ebenso, es roch fürchterlich nach Müll und Urin. Herr V. wohnt in einem Zimmer von ca. 16 qm mit kleiner Küche, Bad und Flur. In seinem Zimmer hat er zwei Sofas, das eine brauchbar, das andere, auf dem er schlief, völlig durchgesessen, der Bezug zerrissen. Keine Bettwäsche, kein Kopfkissen vorhanden. An den Zustand der Wohnung hatte sich Herr V. anscheinend gewöhnt. Doch er zeigte sich sehr

frustriert über seine Krankheit, die zunehmende Schwäche in seinen Beinen. Immer wieder sprach er von Arbeit, die er sich suchen wolle und von einer Umschulung, die er vor Jahren gemacht hatte.

Mit der Zeit bekam die Wohnung ein ansehnlicheres Gesicht. Ein Staubsauger wurde beschafft, die Waschmaschine angeschlossen. Damit konnten endlich die beinahe schwarzen Vorhänge gewaschen werden. Das marode Sofa holte auf Bestellung der Sperrmüll ab und Herr V. bekam über die Krankenkasse ein Pflegebett. Dann bot sich ein alter Freund, der vom Alkohol losgekommen ist, an, die Wohnung zu renovieren. Er tat dies sehr fürsorglich und ohne Bezahlung, aus Mitleid mit seinem kranken Freund.

Schon beim ersten Hausbesuch war klar: Damit Herr V. überhaupt in der Wohnung bleiben kann, muß eine Sozialstation gefunden werden, die die Reinigung der Wohnung und die Einkäufe übernimmt. Dies war kein Problem. Die örtliche Diakoniestation war sofort bereit Abhilfe zu schaffen. Es wurde aufgrund der Dringlichkeit umgehend angefangen, ohne Kostenübernahme durch irgendeine Stelle. Und hier stellte sich ein ungeheures Problem ein: Da die offensichtliche Erwerbsunfähigkeit des Herr V. niemals amtlich festgestellt worden war, wurde er mit der Umstellung der



Hartz-IV-Gesetze dem SGB II zugeordnet, war also offiziell arbeitsfähig. Für solche Menschen sind in diesem Gesetz keine Dienstleistungen wie Nachbarschaftshilfe etc. vorgesehen, d. h. der Antrag wurde sowohl vom zuständigen Jobcenter als auch vom Sozialamt abgelehnt.

Um diesen – wie wir meinen – grundsätzlichen Fall zu klären, beschritten wir mit Hilfe eines Anwaltes den Rechtsweg und so konnte nach gut 7 Monaten Verfahrensdauer eine Kostenzusage des Sozialamtes für die hauswirtschaftliche Hilfe erwirkt werden. Den mühevollen Weg bis zu diesem Ergebnis zu beschreiben, würde diesen Bericht unendlich ausdehnen. Zusammenfassend soll nur angemerkt werden, dass im Fall von Herrn V. uns Praktikern erschreckend deutlich wurde, wie sich durch eine unklare Gesetzeslage Behörden gegenseitig

blockieren und wie sich das im Einzelfall drastisch auswirkt.

Sehr dankbar sind wir der Diakoniestation, dass sie über eine so lange Zeit der Unsicherheit das Notwendigste für Herrn V. getan hat, nämlich Lebensmittel einkaufen. Dabei musste vieles ertragen werden, was den schlechten Zustand der Wohnung angeht.

Im Laufe der Monate hat sich der Gesundheitszustand von Herrn V. weiter verschlechtert, inzwischen kann er die Wohnung nicht mehr verlassen. Er kommt zudem nicht mehr alleine auf die Toilette. Das heisst, unsere ambulante Betreuung, auch in Ergänzung mit der Diakoniestation, stösst hier eindeutig an ihre Grenze. Sollte sich die Gehfähigkeit von Herrn V. nicht deutlich verbessern, bleibt nur noch, ihn in eine Pflegeeinrichtung zu vermitteln.

Herr V. ist übrigens 42 Jahre alt.

## **Agenda 2010 – praktisch? sozial? gerecht?**

### **Folgen für Menschen in Armut oder Wohnungsnot**

Das politische Reformprogramm mit dem Titel »Agenda 2010« hat verschiedene Programmschritte beinhaltet, die nach und nach in Gesetze umgesetzt worden sind.

Das Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG) und Hartz IV sind dabei die Gesetzespakete der rot-grünen Regierungszeit, welche am gravierendsten in die Lebenssituation von Menschen eingreifen, die mit so wenig Geld ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen, dass sie als arm bezeichnet werden. Das GMG als eigenständiger großer Block ist nun schon fast zwei Jahre in Kraft, während die beiden unter dem Schlagwort »Hartz IV« bekannt gewordenen neuen Gesetzbücher Sozialgesetzbuch II und XII (SGB II und SGB XII) erst knapp ein Jahr gelten.

Die Folgen der Gesundheitsreform sind deshalb im Detail schon klarer zu erkennen als die der Hartz IV-Gesetze. Wegen diesen musste nämlich ein gigantischer Umorganisationsprozess eingeleitet werden, der bis jetzt (Ende 2005) noch nicht zu Ende ist.

Da die Schwierigkeiten dieser Neustrukturierung oftmals Probleme für die Antragsteller von Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe verursachen,

müssen wir auch auf solche Organisationsfragen eingehen.

### **Neue Zuständigkeiten, ...**

Das durch Hartz IV neu geschaffene Sozialgesetzbuch II enthält die Regelungen des neuen Arbeitslosengeldes II (ALG II). Dieses ersetzt nicht nur die frühere Arbeitslosenhilfe, sondern im Wesentlichen auch die Hilfe zum Lebensunterhalt im Rahmen der bisherigen Sozialhilfe (also alle Leistungen, um sich die lebenswichtigen laufenden Ausgaben von der Miete bis zu den Lebensmitteln leisten zu können, aber auch um mehr oder weniger regelmässige zusätzliche Kosten wie für neue Sommerbekleidung, für die Weihnachtstage oder für eine Waschmaschinenreparatur bezahlen zu können).

Während erwerbsunfähige Menschen auch in Zukunft immer noch vom Sozialamt notfalls Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten können, müssen sich alle erwerbsfähigen Personen ans JobCenter wenden, um ihren Lebensunterhalt bei Bedürftigkeit mit Arbeitslosengeld II bestreiten zu können.

In der bisherigen und in der neuen Sozialhilfe (SGB XII) gab und gibt es neben der Hilfe zum Lebensunterhalt aber auch Hilfen für besondere Lebenslagen – z.B. Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten.



rigkeiten (wie sie oft bei Menschen in Wohnungsnot vorliegen). Für solche Hilfen ist auch in Zukunft das Sozialamt zuständig – unabhängig davon, ob jemand erwerbsunfähig ist oder nicht.

Allerdings kann auch das JobCenter mehr machen als nur Geld auszahlen: Wenn das speziell zur Erlangung eines Arbeitsplatzes notwendig zu sein scheint, kann es unter anderem eine sogenannte psycho-soziale Beratung anbieten (lassen).

Es kann infolgedessen durchaus zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Sozialamt und JobCenter darüber kommen, wer denn von beiden welche Maßnahme bezahlen muss. So wie es auch Streitigkeiten darüber geben kann (und gegeben hat), ob jemand als erwerbsfähig anzusehen ist oder nicht, solange der letztendlich zuständige Rentenversicherungsträger diese Frage im betreffenden Einzelfall noch nicht entschieden hat.

Für finanziell arme Menschen in Wohnungsnot bedeutet die als Entbürokratisierung propagierte Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe durch die Agenda 2010 also in aller Regel eine Verbürokratisierung, die nicht leicht zu durchschauen ist: Im keineswegs seltenen Fall beispielsweise überweist das Arbeitsamt ein niedriges Arbeitslosengeld I, muss das JobCenter deshalb aufstockendes ALG II und das Sozialamt schließlich Kos-

ten für die Betreuung in einer Einrichtung der Wohnungsnotfallhilfe zahlen. Wenn früher jemand in eine andere Einrichtung vermittelt werden sollte, musste nur das Sozialamt sich damit befassen; Arbeitslosengeld und –hilfe sind davon unabhängig weiter gezahlt worden. Heute muss aber auch das JobCenter neu entscheiden, weil die neue Einrichtung ihre eigenen Unterkunftskosten berechnet und weil deshalb der entsprechende Anteil im Arbeitslosengeld II angepasst werden muss. Diese Doppelzuständigkeit gilt übrigens schon beim ersten Einzug in eine Einrichtung – und sei es nur in das – von der Konzeption her eigentlich niederschwellige – Aufnahmehaus.

### **Organisatorische Probleme, ...**

Die neu geschaffenen JobCenter sind große Behörden. Die MitarbeiterInnen waren davor entweder beim Arbeitsamt oder zum größeren Teil beim Sozialamt beschäftigt. Während sich die ehemaligen Arbeitsamts-Angestellten nun vorrangig an ein grundsätzlich anderes Leistungsrecht gewöhnen müssen (das ALG II ähnelt trotz seines Namens viel mehr der bisherigen Sozialhilfe), müssen die Leute aus dem Sozialamt nun mit einer bis Nürnberg zentralisierten Hierarchie umzugehen lernen.

Alle zusammen haben das Problem, dass einerseits deutlich mehr Menschen als vorher geschätzt Arbeitslosengeld II beantragen und erhalten. Und dass andererseits die wichtigsten Hilfsmittel, um mit so vielen Fällen einigermaßen schnell fertig werden zu können, nämlich die Software-Programme, in etlichen Fällen Fehler verursachen oder für bestimmte Fall-Konstellationen überhaupt keine Lösung vorsehen.

Stattdessen gibt es eine regelrechte Sintflut an Richtlinien, Arbeitshinweisen u.ä.m., welche vielleicht viele nützliche oder sogar notwendige Informationen enthalten; es gibt im JobCenter-Alltag aber nicht die Zeit, die gerade benötigten Informationen wie die berühmte Nadel aus dem Heuhaufen herauszufiltern.

Die JobCenter haben auf diese permanente Überforderung durch eine Reduzierung ihrer Öffnungszeiten reagiert. Und auch die angeblich modernste Telefon-Anlage Deutschlands mit zigtausend Nebenstellen in der ganzen Bundesrepublik wird dafür nicht zum angemessenen Ersatz-Angebot: Es gibt zwar viele Nummern (0180-100 262 200), aber keiner geht ran! Auch wenn man ein solches Verhalten als Eigenschutz der überlasteten MitarbeiterInnen der JobCenter verstehen kann, muss man als Konsequenz feststellen, dass das JobCenter in viel zu vielen Fällen weder für die Hilfsu-

chenden, noch für die Fachberatungsstellen oder das Sozialamt in einer angemessenen Zeit erreichbar sind. Eine Übergangs- bzw. Anpassungsphase ist bei einem Umstrukturierungsprozess der beschriebenen Größenordnung zwar normal; leider scheint daraus aber eine unendliche Geschichte zu werden, was wohl daran liegt, dass die JobCenter zu gleichen Teilen vom Arbeitsamt und der jeweiligen Kommune getragen werden. Beide Seiten können sich also gegenseitig blockieren und das tun sie wohl auch, weil es bei der Lösung des zu knappen Personalschlüssels natürlich darum geht, wer denn die notwendigen Mehrkosten für eine Personalaufstockung bezahlen soll.

### **Und die Folge: Menschen in Wohnungsnot bekommen keine schnelle erste Hilfe mehr!**

Zu diesen inneren Problemen der JobCenter kommen noch die Probleme, die sich aus der oben beschriebenen Doppel-Zuständigkeit mit dem Sozialamt ergeben. Die Zusammenarbeit ist – wenn überhaupt – nur auf dem Papier grundsätzlich geregelt; sie findet von Fall zu Fall zwar praktisch manchmal trotzdem statt, in der Regel aber nicht. Gerade dann, wenn es eigentlich

um schnelle Lösungen geht, werden diese durch die bereits erwähnte mangelnde Erreichbarkeit verhindert. Wenn Menschen erstens ohne Unterkunft und zweitens ohne Geld hilfeschend in eine Beratungsstelle kommen, dann müssen diese beiden Probleme praktisch sofort gelöst werden, ehe es überhaupt Sinn macht, über weitere Probleme zu reden. In etlichen Fällen sind solche Menschen davor sogar schon beim JobCenter gewesen und direkt – ohne dort einen persönlichen Ansprechpartner zu Gesicht oder wenigstens Geld bekommen zu haben – an eine Beratungsstelle für Menschen in Wohnungsnot weitergeschickt worden. Von der Wohnungsnotfallhilfe-Konzeption her wäre in solchen Fällen die sofortige Unterbringung im Aufnahmehaus die erste Hilfe-Maßnahme. Um dort einen »normalen« Platz zu bekommen, braucht man aber eine Mietzusage des JobCenters und eine Betreuungskostenübernahme des Sozialamtes. In den vielen Fällen, in denen beide Zusagen nicht während der ersten Beratung erreichbar sind, bleibt nur mehr die Unterbringung in der Notübernachtung des Aufnahmehauses. Damit ist auch das Geldproblem »gelöst«: In der Notübernachtung bekommt man zwar auch keines, aber dafür etwas zu essen. Die Notübernachtung sollte eigentlich

immer nur für eine Nacht oder ein Wochenende nötig sein; und zwar dann, wenn jemand zu einer Zeit Hilfe braucht, in der keine der zuständigen Stellen mehr geöffnet hat. Mittlerweile muss aber durchschnittlich eine zweistellige Zahl von Menschen über Wochen hinweg darin ausharren. Und das gilt nicht nur für das Aufnahmehaus, sondern für alle Notübernachtungen.

### ***Pauschal-Leben mit dem Zwang zur Lücke***

Aber nun zu den Auswirkungen der neuen Gesetze auf die Leistungen, wenn man sie denn endlich einmal erhält:

Auf den ersten Blick hätte man – gutgläubig – annehmen können, die Regelungen des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes mit seinen diversen Zuzahlungen und Eigenbeteiligungen seien durch die deutliche Erhöhung der Regelleistung des Arbeitslosengeldes II gegenüber dem Regelsatz der Sozialhilfe sozial ausgeglichen: Am 1.1.2005 ist diese Hilfe zum Lebensunterhalt nämlich (in den alten Bundesländern) von 297 Euro auf 345 Euro angehoben worden.

Gleichzeitig sind aber praktisch alle einmaligen Hilfen gestrichen worden, die es in der Sozialhilfe neben dem Regelsatz bis zum 31.12.2004 noch

gegeben hatte. Lediglich in drei Situationen gibt es auch beim JobCenter noch extra Zuschüsse: für die Möblierung beim Bezug einer Wohnung, für die Ausstattung bei der Geburt eines Kindes und für mehrtägige Klassenfahrten.

Wenn man diese Verschlechterungen in die Rechnung einbezieht, muss man – eher realistisch als gutgläubig – befürchten, dass es eine ausgesprochene Glückssache ist, ob man mit der monatlich zusätzlichen Pauschale von 48 Euro, also mit diesen zusätzlichen 576 Euro im Jahr wirklich alle Reparaturen oder Anschaffungen wird finanzieren können.

Wenn man so Pech hat, dass das Geld tatsächlich nicht reicht, hat man zusätzlich noch pauschal Pech: Man kann zwar ein Darlehen vom JobCenter bekommen; das wird aber in Raten von bis zu 34,50 Euro gleich wieder vom Arbeitslosengeld II abgezogen. Von den ursprünglich 48 Euro zusätzlichem Geld bleiben dann noch 13,50 Euro pro Monat oder 162 Euro im Jahr übrig. Und wenn man in diesem Jahr dann mehr als 162 Euro braucht, droht das pauschale Pech zum Dauerzustand zu werden.

### ***Geld-Probleme bei ...***

Der Wegfall der einmaligen Leistungen führt für die Betroffenen dann

entweder zu dauerhaften Geldproblemen oder zu Lücken – manchmal im wahrsten Sinne des Wortes:

### ***Zahnbehandlungen***

Wenn jemand sich aus gesundheitlichen Gründen einen oder mehrere Zähne ziehen lassen muss, besteht bei Arbeitslosengeld II-Beziehern nämlich die große Gefahr, in Zukunft mit diesen Zahn-Lücken leben zu müssen. Die Eigenbeteiligungen für Überkronungen und Brücken sind nach dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz nun so hoch, dass ein Darlehen des JobCenters über Jahre hinweg abgestottert werden müsste. Viele Menschen werden dann wohl eher den Mut zur Lücke aufbringen als einen Darlehensantrag zu stellen. Wenn immer mehr Menschen mit Zahnlücken herumlaufen, könnte das so normal werden, dass man dann nicht einmal mehr ein Darlehen vom JobCenter bekommt.

Es gibt bei Zahnlücken allerdings nach dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz doch ein für den Betroffenen »kostenloses Rezept«: Er lässt sich alle Zähne auf einmal ziehen und durch eine herausnehmbare Komplet-Prothese ersetzen. Einer unserer Klienten hat sein Problem für den Oberkiefer Mitte diesen Jahres auf diese Weise »gelöst«.

### **Brillen**

Bei Seh-Problemen gibt es so gut wie keine Leistungen mehr nach dem GMG. (Wenn das schlechtere Auge weniger als 30 % Sehschärfe mit geeigneter Sehhilfe hat! )

### **Praxisgebühren und Zuzahlungen**

Wir erleben aber auch verstärkt, dass Menschen wegen der Praxisgebühr erst gar nicht zum Augenarzt gehen und ohne Brille in vielen Situationen auf Hilfe angewiesen sind (vom Überqueren einer Straße bis hin zum Ausfüllen eines ALG II-Antrags). Allgemein für den Bereich der Gesundheitsversorgung von Menschen in Wohnungsnot gibt es mittlerweile schon einige empirische Erhebungen, denen zufolge deutlich mehr als die Hälfte dieser Menschen wegen der Praxisgebühren auf einen Arztbesuch verzichten. Ein eher noch größeres Problem als diese 10 Euro pro Quartal sind aber die geforderten Zuzahlungen auf Medikamente oder die sogenannten »grünen Rezepte« für Arzneimittel, die komplett vom Betroffenen zu zahlen sind. Geldknappheit droht zu einer »freiwilligen« »unterlassenen Hilfeleistung« zu führen.

### **Übergroßen**

Es gibt auch nicht-medizinische Gründe dafür, dass Menschen mehr Geld benötigen als der Durchschnitt: Wenn jemand beispielsweise ausserge-

wöhnlich gross oder klein ist, kosten die Spezialgrößen bei Kleidung und Schuhen um einiges mehr als die »von der Stange«. Weder das Arbeitslosengeld II, noch die neue Sozialhilfe sehen im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt für solche Fälle auch nur ansatzweise einmalige Beihilfen vor. Dabei übersteigen die jährlichen Mehrkosten für Sondergrößen bei etlichen Menschen deutlich die oben erwähnten zusätzlichen pauschalen 576 Euro.

### **Großgeräte**

Die monatliche Pauschale müsste eigentlich zu einem nennenswerten Teil dafür angespart werden, größere Geräte bei Defekten entweder reparieren zu lassen oder durch neue ersetzen zu können. Der Ansparzwang steht zwar nicht im Gesetz, ist aber indirekt dadurch vorgegeben, dass es im Schadensfall keinen Zuschuss vom JobCenter oder Sozialamt gibt. Die meisten – auch der von uns beratenen – Menschen halten ein Sparen für solche Fälle eigentlich schon von sich aus für sinnvoll. Wer allerdings in den ersten Monaten nach Inkrafttreten von Hartz IV z.B. einen Waschmaschinen-Totalschaden erlitt, hatte trotz besten Willens noch nicht viel ansparen können. Und mit dem dafür dann gewährten Darlehen ist die Chance im Jahr 2005 noch etwas für den nächsten Schaden zu spa-

ren praktisch gleich Null geworden. Außerdem steckt bei solchen Darlehen des JobCenters bzw. des Sozialamtes der Teufel auch noch im Detail der amtsinternen Richtlinien: Darin steht nämlich, ob jemand ein neues oder lediglich ein gebrauchtes Gerät kaufen darf und wie hoch das Darlehen dementsprechend überhaupt sein kann. Die dort vorgegebenen Preise waren schon in der Vergangenheit teilweise unrealistisch niedrig und wohl eher dem internen Sparzwang als einer verlässlichen Markterhebung zu verdanken.

### **Stromkosten**

Im Prinzip werden die Betriebskosten einer Wohnung von Arbeitslosengeld II bzw. Sozialhilfe in der tatsächlichen Höhe übernommen. Allerdings wird die Regelleistung um festgelegte Pauschalen gekürzt, falls bestimmte Energie-Kosten mit den Betriebskosten abgerechnet werden (19 Euro für Strom zum Kochen und zur Beleuchtung bzw. 9 Euro für die Warmwasserbereitung). Wenn aber Strom gesondert abgerechnet und nicht für die Hauptheizung der Wohnung verwendet wird, werden die dafür zu zahlenden Kosten in keinem Fall übernommen – auch dann nicht, wenn der Betreffende selbst gar nichts zur Senkung seiner Stromkosten unternehmen kann.

### **Pauschale Mietobergrenzen**

In über 1.000 Fällen können einzelne Menschen oder ganze Familien, die Arbeitslosengeld II beziehen, in Stuttgart aber auch Geld-Probleme bekommen, weil ihre Miete über den von Sozialamt und JobCenter festgesetzten Mietobergrenzen liegt. Alle diese Haushalte werden in einem sogenannten Mietabsenkungsverfahren dazu aufgefordert sich eine Wohnung zu suchen, die preislich im Rahmen dieser Mietobergrenzen liegt. Diese Aufforderung ist von der gesetzlichen Bestimmung ausgelöst, dass überhöhte Mieten längstens sechs Monate gezahlt werden sollen. Angesichts der Lage auf dem Stuttgarter Wohnungsmarkt ist die Umsetzung dieser Forderung von glücklichen Ausnahmen abgesehen, unrealistisch. Das wissen auch die angeschriebenen Menschen, was deren Verunsicherung durch das amtliche Anschreiben noch weiter erhöhen dürfte. Es ist für die Betroffenen nicht ersichtlich was sie alles unternehmen müssen um eine billigere Wohnung zu finden. Und welche fruchtlosen Bemühungen von der Behörde als ausreichend angesehen werden um die überhöhte Miete über sechs Monate hinaus weiter zu zahlen. Falls jemand keine andere Wohnung findet und in den amtlichen Augen kei-

ne ausreichenden Bemühungen nachweisen kann, wird er nur mehr die festgelegte Mietobergrenze bezahlt bekommen. Und er bzw. sie wird vor der Frage stehen, wo er das fehlende Geld einsparen soll. Falls die Einsparung bei der Mietzahlung erfolgt, wird das Sozialamt sich seinerseits bald mit der Frage auseinandersetzen müssen, ob es Mietschulden übernehmen oder eine Räumung zulassen soll.

### **Schlussfolgerungen für die Politik**

Die Agenda 2010 ist in der vergangenen Legislaturperiode von einer inoffiziellen großen Koalition beschlossen worden und die offizielle große Koalition wird sie in dieser Legislaturperiode weiter betreiben. Deshalb sind keine grundsätzlichen politischen Korrekturen an diesem Reformprojekt zu erwarten. Einige Änderungen müssten dennoch möglich sein.



### **Bundesebene:**

Die Gesetze der Agenda 2010, insbesondere die beiden neuen Sozialgesetzbücher SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und SGB XII (Sozialhilfe), sind durch eine zu weitgehende Pauschalierung geprägt. Die entsprechenden Regelungen erschweren in vielen Fällen praktisch massiv die Bedarfsdeckung, die vom Grundgesetz her das eigentliche Ziel sein sollte, um allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Rein rechtlich gesehen scheint die Bedarfsdeckung zwar im Einzelfall durch Gewährung eines Darlehens doch noch erreicht werden zu können; sie hat dann aber praktisch einen sehr hohen Preis: Erstens besteht die große Gefahr, dass das JobCenter bzw. das Sozialamt zum Dauer-Groß-Gläubiger des/r Antragsstellers/in wird und zweitens kommt dabei die Einzelfall-Prüfung anhand von fragwürdigen internen Richtlinien durch die Hintertür doch wieder ins Spiel, die eigentlich durch die Pauschalierung gerade vermieden werden sollte. Wegen dieser Schwierigkeiten ist zu befürchten, dass Menschen auf Darlehensanträge verzichten und dann mit ihren Bedarfs-Lücken leben müssen.

*Bei einer Überarbeitung der beiden Sozialgesetzbücher sollte der Gesetzgeber das Verhältnis von pau-*

*schalierter Regelleistung zu mehr oder weniger regelmässigen Sonderbedarfen wieder bedarfsorientiert gestalten. Außerdem sollte er dafür Sorge tragen, dass sowohl die Höhe der Regelleistung als auch die empfohlenen Beträge für Sonderbedarfe den realen Kosten für die Bedarfsdeckung entsprechen.*

Das zusätzliche Hauptproblem bei der Umsetzung des Sozialgesetzbuches II ist die Organisationsform. Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für arbeitssuchende Menschen hat nämlich nur im Bereich der Hilfe zum Lebensunterhalt stattgefunden. Andere Regelungen der Sozialhilfe sind neben den Vorschriften zum Arbeitslosengeld II anzuwenden - also sind in solchen Fällen nun zwei Ämter (Sozialamt und JobCenter) mit einem Fall befasst. Aber auch die JobCenter selbst müssen praktisch zwei unterschiedlichen Herren dienen: der Agentur für Arbeit und der Kommune bzw. dem Landkreis.

*Der Gesetzgeber sollte die Erledigung der Aufgaben des Sozialgesetzbuches II deshalb komplett in die Hände der Kommunen, der Landkreise legen - natürlich gegen Ersatz der Ausgaben für alle nicht-kommunalen Leistungen.*

### **Stadt Stuttgart - Kommunale Ebene:**

Die Sozialverwaltung der Stadt Stuttgart muss sich natürlich innerhalb der gesetzlichen Vorgaben bewegen; allerdings gibt es nicht zu unterschätzende Spielräume, innerhalb derer verschiedene der örtlichen Situation angepasste Regelungen getroffen werden können. Falls die gesamte Zuständigkeit für das SGB II auf die Kommunen übergehen würde, wären die Spielräume für solche problemangemessene Lösungen noch deutlich größer.

Zwei bereits existierende Handlungsspielräume sind in der obigen Darstellung schon angedeutet worden; es gibt sie bei der Festlegung der Höhe angemessener Mieten und bei

der Festlegung der Beträge, die darlehensweise für bestimmte Anschaffungen gewährt werden.

#### **Die Stadt sollte:**

**Mehr in den sozialen Wohnungsbau investieren. Und generell die Mieten des Mietspiegels als angemessen zugrunde legen statt immer nur dessen untere Preissegmente anzuwenden. Außerdem sollten die amtsinternen Preislisten für Bedarfe deutlich nach oben korrigiert werden.**

Früher, als er noch wesentlich jünger war, arbeitete er auf einem Schiff. Jahrelang ist er auf See um die halbe Welt gefahren. Als angelernter Stuart auf Kreuzschiffen, immer ordentlich und freundlich zu den Gästen. Irgendwann wollte er sesshaft werden, seine Frau nicht mehr so lange alleine lassen. Mit anderen, ungelerten Arbeiten hielt er die Familie, die leider kinderlos geblieben ist, über Wasser. Das war auch damals alles kein Problem. Die Frau hatte mitverdient, sie hatten ein recht gutes Auskommen. Klar, große Sprünge haben sie sich nie leisten können. Doch zwei kleine Verdienste waren immer genug zum Leben.

Inzwischen ist seine Frau verstorben, wie er sagt viel zu früh, nun lebt er alleine und ist zu alt um als ungelerner Arbeiter noch irgend eine Stelle zu finden. Heute sind die Zeiten anders, es fragt keiner mehr nach einem fast 60jährigen.

Die Umstellung auf Harz IV hat er nicht verstanden. Mit einer kleinen Witwerrente von seiner Frau und aufstockender Sozialhilfe kam er gut zurecht. Seine Miete war gezahlt und wenn er im Haushalt etwas brauchte, hat er die zuständige Sachbearbeiterin gefragt.

Das ist nun nicht mehr möglich. Die Umstellung brachte auch mit sich,

#### **Beispiele:**

**Waschmaschine incl. Lieferung und Anschluss**

**neu: 300,20 Euro gebraucht: 150,00 Euro**

**E-Herd incl. Anschlusskabel und Lieferung und Anschluss**

**neu: 198,40 Euro gebraucht: 100,00 Euro**

**Kühlschrank incl. Lieferung und Anschluss:**

**neu: 154,02 Euro gebraucht: 75,00 Euro**

**Dafür ist in Stuttgart kein Kauf von Neugeräten möglich und der Gebrauchtwaren-Markt gibt keine guten und preiswerten Gebrauchtwaren in der notwendigen Anzahl her. Menschen ohne Arbeit steht derzeit kein Neugerät zu**



dass die Zahlungen nun zum Ende des Monats erfolgen. Er hat das nicht verstanden. Sonst war die Miete schon gezahlt, er hatte auf dem Konto das, was er zum Leben braucht. Jetzt zahlt er selber die Miete. Nur wusste er nicht, dass er dazu auf sein Konto achten muss. Irgendwann hatt er was unterschrieben, da waren welche an seiner Türe, haben ihm erzählt und erzählt. Nein, unterschreiben wollte er gar nichts, so dumm ist er nicht. Bescheinigt, dass sie bei ihm waren, dass hatt er. Plötzlich kamen Mahnungen ins Haus. Jetzt besteht seit langem eine Kontopfändung. Mit der Umstellung und dem Mieteinzug zum Ersten des Monats hat es nicht mehr geklappt. Die Bank hatt seinen Freibetrag für Miete und das Notwendigste zum Leben immer erst am Zweiten freigestellt, die Mietforderungen wurden somit immer wieder zurückgebucht. Kontoauszüge kann er nicht lesen, seine Augen sind dazu zu schlecht. Seine Post sammelt er ordentlich auf dem Wohnzimmertisch, ungeöffnet.

Wegen Mietschulden und einer drohenden Verwahrlosung, Beschwerden der Nachbarn, dass der Geruch aus seiner Wohnung unerträglich sei, wurden wir informiert und lernten Herrn W. im April diesen Jahres kennen. Per Telefon erhielten wir die Information, es handele sich um einem älteren Herren, der in seiner Wohnung verwahr-

lost, gehbehindert und anscheinend blind, alleine nicht mehr wohnfähig sei.

Die abgestandene Luft in der Wohnung riecht wirklich streng wenn man bei ihm durch die Haustüre kommt. Fenster macht er nur ungern auf. Nachdem er vor gut zwei Jahren von der SWSG eine andere Wohnung bekommen hatt, lebt er jetzt im Erdgeschoss. Er hat Angst, dass mal jemand einsteigt. Hat schon erlebt, dass Jugendliche ihm was ins Fenster werfen wenn es offen ist... wehren könnte er sich nicht.

Ein netter, ruhiger Mann, der in seinem Wohnzimmer kaum auffällt. Die Wohnung ist verwohnt, die Couch alt und speckig. Durchgesessene Sitzpolster lassen erkennen, dass es nicht gemütlich sein kann darauf zu liegen. Herr W. schläft seit Jahren auf diesem Sofa. Das Schlafzimmer ist eingerichtet, wird jedoch nicht genutzt. Zu einsam und zu umständlich. Auf dem Sofa vor dem Fernseher fällt es ihm leichter die Nacht zu verbringen.

Im Gespräch wird deutlich: Eigentlich ist er nicht wirklich so krank, aber auch nicht richtig gesund. Anfang Februar hatt er sich das Bein gebrochen und zusätzlich eine angebrochene Schulter dazu behindern ihn beim Hantieren im Haushalt. Mit dem Gips am Fuß kann er sich schwer bewegen. Herr W. hat Probleme mit dem Kreislauf, mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum



Arzt traut er sich nicht. Klar hatt er bei der Entlassung aus dem Krankenhaus gesagt bekommen er soll zum Hausarzt, weil der Gips später runter muss. Aber nach dem Umzug hat er sich nie einen anderen Arzt gesucht. Seitdem war er bei keinem Arzt mehr, weiß gar nicht zu welchem er soll. Damit wurden dann aus sechs Wochen Gips fast drei Monate.

Auch die Sehbehinderung stellte sich als einfache Augenschwäche heraus. Die Brille liegt schon lange bestellt seit Monaten beim Optiker. Herr W. hatte nur nie das Geld, sie abzuholen.

Über die Sozialhilfe war im letzten Jahr die Nachbarschaftshilfe regelmäßig bei ihm. Die schwereren Arbeiten im Haushalt, der Einkauf und ein bisschen auch der soziale Kontakt hat ihm viel geholfen. Im Sommer wurde diese Hilfe eingestellt. Über Hartz IV gibt es sie nicht, das Sozialamt ist nicht mehr zuständig.

Herr W. ist Empfänger von ALG II. Danach ist er, der sich kaum alleine aus dem Haus traut, fähig auf dem freien Arbeitsmarkt einer Arbeit nach zu gehen. Attestiert wurde ihm, dass er täglich 4 Stunden im Stehen und vier

Stunden im Sitzen arbeiten kann.

Inzwischen haben wir über eine Sachspende eine gebrauchte Couch für ihn besorgt, die Brille beim Optiker ausgelöst und wegen der Strom- und Mietschulden Ratenzahlungen vereinbart. Sein Konto ist gekündigt, wir haben die Geldverwaltung für ihn übernommen. Herr W. lebt seit vier Monaten von 160 Euro im Monat. Jeweils am ersten und fünfzehnten des Monats bekommt er 80 Euro ausbezahlt. Er ist damit zufrieden. Wichtig ist ihm alleine, dass er seine Wohnung behalten kann. Mit dem Geld kommt er nach eigenen Aussagen gut zurecht. Alles übrige wird zur Schuldentilgung und für die Zuzahlungen der Arzt- bzw. Medikamentenrechnungen benötigt. Hierzu ein kleines Beispiel: Um den Gips entfernen zu lassen, erhielt Herr W. von der Hausärztin, die ihn zwischenzeitlich über Hausbesuche betreut, eine Überweisung für die Hin- und Rückfahrt mit dem Krankenwagen ins Krankenhaus. Alles klappte auch wunderbar, der Gips ist weg. Die Rechnung kam 14 Tage später: 91 Euro für die Hin- und Rückfahrt mit dem Krankenwagen. Durch das Gesundheitsmodernisierungsgesetz übernimmt die Krankenkasse die Kosten nicht mehr, weil es eine Fahrt zur ambulanten Behandlung war. Was bleibt sind 91 Euro Schulden für einen Mann, der mit und ohne Gips nicht alleine aus dem Haus gehen konnte.

Mit Unterstützung der Hausärztin wurde zwischenzeitlich eine Gehhilfe organisiert. Mit dem Rollator ist Herr W. etwas flexibler geworden. Langsam und sehr vorsichtig traut er sich wieder nach draußen, erledigt kleinere Einkäufe selbst.

Nicht alleine wohnfähig?

Praktische Hilfe, Verständnis und Zeit waren notwendig um zu bewirken, dass Herr W. durchaus noch alleine leben kann. Er schafft nicht mehr alles alleine, doch mit den richtigen Ansprechpartnern und ambulanter Unterstützung ist vieles möglich. Doch arbeitsfähig nach den Bestimmungen von Harz IV? – ich bezweifle es.



## Seit Anfang März sind Streetworker aktiv

■ Bad Cannstatt: Projekt Straßensozialarbeit der Ambulanten Hilfe und des Caritasverbandes angelaufen

(rde) – Am 1. März startete das Projekt „Straßensozialarbeit in Bad Cannstatt“ der Ambulanten Hilfe und des Caritasverbandes. Streetworker kümmern sich um die sozialen Randgruppen in der Fußgängerzone Bad Cannstatt.

Das fachübergreifende Projekt war ins Leben gerufen worden, um die Situation in der Marktstraße zu verbessern. So genannte soziale Randgruppen, Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten, Sucht- und Drogenabhängige, Menschen mit psychischen Auffälligkeiten und Erkrankungen und auffällige Jugendliche nutzen die Fläche aus Zugang zur Marktstraße als Treffpunkt. Vor allem der Handels- und Gewerbeverein Bad Cannstatt hatte Maßnahmen gefördert, da Kundenschaft abgeschreckt werde, das Erscheinungsbild stark leide. Auf Initiative von SPD-Stadträtin Manta Gröber wurde im März 2003 ein runder Tisch eingerichtet, an dem sich Vertreter verschiedener sozialer Einrichtungen, Gewerbe- und Handelsverein, Polizei, Amt für öffentliche Ordnung, Jugendamt, Sozialamt, Bezirksrat und Gemeinderat trafen. Man beschloss vor einem Jahr, Straßensozialarbeit mit einer fachübergreifenden Konzeption zu starten. Dabei



Iris Schüle und Manuel Borrigo kümmern sich seit Anfang des Monats um die sozialen Randgruppen in der Fußgängerzone. Foto: Reibinger

soßl Vertreibung und Ausgrenzung der betroffenen Personengruppen bewusst vermieden werden. Denn Platzverweise, so war man sich einig, lösen das Problem nicht. Streetworker der Ambulanten Hilfe und des sozialpsychiatrischen Dienstes Bad Cannstatt sollen sich die 100-Prozent-Stelle, die vorwiegend über die Aktion Mensch finanziert werden, die drei Jahre lang das Projekt unterstützt. Auch der Antrag für eine Personalstelle zur ambulanten Betreuung von Bewohnern eines Sozialhotels in der Brunnenstraße wurde bewilligt. Die Klientel überschneidet sich zum größten Teil.

Zum 1. März haben Iris Schüle, Manuel Borrigo, Klaus Mauritz und Christian Böll, die sich die beiden Stellen teilen, ihren Dienst angetreten. Iris Schüle und Manuel Borrigo sind derzeit dienstags, mittwochs und freitags zwischen 10.30 und 13 Uhr zwischen Bahnhof Bad Cannstatt und Mühlgras unterwegs und suchen das Gespräch mit dem betroffenen Personenkreis. Pro Durchgang seien es derzeit zehn Kontaktsprache. „Es war gut, dass wir jetzt die Arbeit aufgenommen haben“, so Iris Schüle. Noch seien es nicht so viele Personen. Mit den steigenden Temperaturen nimmt auch die Zahl der Menschen

zu, die sich an entsprechenden Stellen der Fußgängerzone treffen. Die Resonanz der Kontaktaufnahme ist so unterschiedlich wie das Klientel, das von jungen Erwachsenen bis zum Rentner reicht. „Es geht von Ablehnung bis Freude und ersten Fragen“, beschreibt Borrigo. Die beiden Streetworker, erfahren in den Themen Gesundheit, Sucht- und psychischen Erkrankungen, fungieren nicht als Aufpasser oder Betreuer. „Wir schlagen Brücken, vermitteln in weiterführende Hilfen und spezifische Fachdienste.“ Die meisten bisher angesprochenen Personen seien mit Wohnungen oder Zimmern versorgt. Der Rundgang soll auch nachmittags stattfinden. „Wir erarbeiten gerade einen Flyer mit unserer Route und Zeiten sowie Telefonnummern.“

### Projekt wird dokumentiert

Schüle und Borrigo, die ihre Tätigkeit genau dokumentieren, sehen sich auch als Mittler zu den Geschäftleuten und Gewerbetreibenden. Daher stehen derzeit viel Organisationstätigkeit und Vortragsrunden auf dem Plan. „Doch darauf kann man gut aufbauen“, sind sich beide einig. Und sie wissen: Die Erwartungen an das Stuttgarter Pilotprojekt sind hoch.

Cannstatter Zeitung 18.07.2005

## Kaffee, Brötle und eine Dusche

■ Bad Cannstatt: Das neu eröffnete Café 72 von der Ambulanten Hilfe bietet mehr Platz für Menschen in Wohnungsnot

Vorbei sind die Zeiten der eng sitzenden Café-72-Besucher im Hinterhof der Wilhelmstraße 4. Das neue Café 72 in der Wälbingerstraße 30 ist eine Anlaufstelle für arme oder obdachlose Menschen. Jetzt hat es eine helle und freundliche Atmosphäre bekommen.

VON DORIT BROCKMEIER

„Ich bin froh, dass wir mehr Platz haben“, sagt Horst. Er kommt seit 1998 ins Café, seitdem er arbeitslos wurde. Hier kann er andere treffen, deren ebenfalls das Geld für die Wohnraummiete fehlt. Der Kaffee ist billig, es gibt Waschmaschinen und Duschen, eine geräumige Küche und drei Kaffeemaschinen. Das alte Café-72 hielt irgendwann dem Andrang nicht mehr stand. Manche Besucher hätten sogar weggeschickt werden müssen, erinnert sich Vereinsvorsitzende Angelika Brackmeier. Auch in die neuen Räume kommen so viele, dass man eine



Jörg arbeitet bei der Müllabfuhr und ist Stammgast im Café 72. Er kümmert sich gerne um den Einkauf und hilft aus, wo er kann. Foto: Brockmeier

Warteliste für die Dusche nötig wird. Jeden Tag treffen zwischen 60 und 80 Bedürftige hier ein. „Wegen Hartz IV und den langen Wartezeiten für die Antragsbearbeitung sind viele Menschen in akute Not geraten“, sagt Brackmeier. In einigen Fällen haben die Besucher wieder Arbeit und Wohnung gefunden, so wie Jörg: „Ich komme trotzdem, denn ich treffe hier meine Freunde und lese in Ruhe meine Zeitung“. Dank einer gemeinsamen Anstrengung von Mitarbeitern der Ambulanten Hilfe und Besuchern, konnten die neuen Räume des Caritas schnell bezogen werden. Der Urobus kostete den Verein 22.000 Euro. Die Miete zahlt die Stadt. Jeder fließt hier zusätzlich zu Küche und Waschraum einen Computer, um Bewerbungen zu schreiben. Ein Nichtraucher-Raum mit Fernseher und Lesegerät, Spiele und ein Werkraum bieten viele Möglichkeiten zur Beschäftigung. Wolfgang Ritzel etwa findet im Werkraum die Voraussetzungen, um Gegenstände aus

Holz kunstvoll mit Blumenbildern zu bemalen. Mit einer Nähmaschine kann schnell was geflickt werden. Sogar die Musik kommt nicht zu kurz – ein Keyboard und ein Kassettenspieler stehen so aus, als würden sie oft benutzt.

### Immer ein offenes Ohr

Am Wichtigsten für Menschen in Not sind die Ansprechpartner der Ambulanten Hilfe. Sie stehen jedem mit Rat und Tat zur Seite und gehen mit auch Amt. Sollte jemand eine ausführliche Beratung benötigen, kann er gleich über die Straße zur Beratungsstelle der Ambulanten Hilfe gehen (Kovarsbacherstraße 41a). Das Motto der Beratung lautet „Hilfe zur Selbsthilfe“. Der Obdachlose soll selbst aktiv werden und für seine Bedürfnisse sorgen.

■ Das Café 72, Wälbinger Straße 30 ist montags bis mittwochs und freitags von 8 bis 13.30 Uhr geöffnet, donnerstags von 8 bis 16 Uhr.

Cannstatter Zeitung 26.10.2005

## Vom Sozialhotel in die eigene Wohnung

**Bad Cannstatt: Ambulante Hilfe und sozialpsychiatrischer Dienst betreuen Bewohner**

„Wir freuen uns auf die eigene Wohnung.“ Uwe Bröckel und Doris Mayer wissen, was es heißt, auf der Straße zu leben. „Das war keine schöne Zeit.“ Einige Monate waren sie im Sozialhotel in der Brunnenstraße umgebracht, das von der Ambulanten Hilfe und dem sozialpsychiatrischen Dienst Bad Cannstatt betreut wird.

Von Edgar Reibberger

„Es ist kein Zuckerschlecken, bei Managraden unter freiem Himmel zu sein“, sagt Bröckel. Als ihm auch noch sein Schlafsack gestohlen wurde, musste er immer in Bewegung bleiben, um nicht zu erfrieren. „Da hat es mir gereicht.“ Seitdem verbrachte er die Winter im Süden, in Frankreich und Spanien, hielt sich als Hilfskraft auf Plantagen und in Hotels über Wasser. Der gebürtige Münsinger kam aus der Bahn, als er während seiner Bundeswehrzeit – er hatte sich zwölf Jahre verpflichtet – einen Blackout hatte und mit einer scharfen Waffe ausbüxte. „Ich weiß bis heute nicht, was mich da getrieben hat.“ Er sei ein sehr sportlicher Soldat gewesen. It und Baseball, lediglich mit der Disziplin gab es ab und zu Probleme. Er wurde zu sechs Monaten auf Bewah-

rung verurteilt. Seitdem lebt er mal hier, mal da. Seit zehn Jahren verkauft er die Obdachlosenzeitschrift Trottwal, für die er auch schon Texte geschrieben hat. Dort lernte er Doris Mayer kennen, die seit einem Jahr die Zeitung verkauft. Die gelernte Altenpflegerin geht regelmäßig in die Friseurberatung, hatte einen Platz im betreuten Wohnen beim Caritasverband. „Da ist einiges nicht gut gelaufen“, beschreibt die Cannstatterin. So kam es, dass sie den Winter über auf der Straße lebte, in einer Tiefgarage übernachtete, „da war es wenigstens warm“ und auf dem Wochenmarkt in Zuffenhausen aushalf. Jetzt ziehen die Beiden in eine Zwei-Zimmer-Wohnung in Zuffenhausen, in ein Haus der Ambulanten Hilfe. „Jetzt geht es aufwärts“, sind sie sich sicher. Im Sommer kamen sie ins Sozialhotel in der Brunnenstraße. Die Einrichtung eines privaten Vermieters bietet in 14 Zimmern, davon vier Doppelzimmer, 20 Plätze und wird vom Sozialamt der Stadt belegt. Die Zimmer liegen auf drei Etagen, verteilt, sind mit Betten, Kleiderschrank, Tisch, Stuhl und Waschbecken ausgestattet. Auf jeder Etageebene gibt es zur gemeinsamen Nutzung Toilette und Bad. Im Keller gibt es eine einfach ausgestattete Küche und Waschkraum.



Uwe Bröckel und Doris Mayer freuen sich mit ihrem Hund Laska, dass sie endlich in eine eigene Wohnung ziehen können. Foto: Reibberger

Die Menschen, die im Sozialhotel leben, haben meist Sucht- oder psychische Probleme. Schulden oder Probleme mit der Justiz. In einem gemeinsamen Projekt der Ambulanten Hilfe und des sozialpsychiatrischen Dienstes werden die Bewohner betreut, mitfinanziert von der Aktion Mensch. Iris Schüle von der Ambulanten Hilfe und Klaus Masanz vom sozialpsychiatrischen Dienst sind zwei Mal pro Woche in der Einrichtung, vermitteln zwischen den Ämtern, geben Orientierungshilfe und Unterstützung.

### Bewohner meist für sich

Die Bewohner des Sozialhotels seien nicht diejenigen, die beim Streetworker-Projekt in der Marktstraße betreut werden. „Es sind freibitsliebende Menschen, die meist für sich sind“, beschreibt Masanz. „Sie suchen von sich aus keinen Kontakt“, ergänzt Schüle. Im Hotel herrscht hohe Verbindlichkeit. Ab 21 Uhr wird die Küche abgeschlossen, um 22 Uhr muss auf Zimmerlautstärke reduziert werden. Wer gewalttätig wird, muss das Haus verlassen. Die Hausverwaltung achtet darauf. Die Einrichtung sei ein wichtiger Baustein des Hilfesystems. „Die Menschen würden sonst abdriften.“

## „Für mich ist das mehr als ein Lottogewinn“

**SOZIALES Ambulante Hilfe gibt 18 Menschen ein neues Zuhause**

Zuffenhausen. Rund 2000 wohnungslose Menschen leben in Stuttgart. Für 18 von ihnen ist die Zeit ohne festen Wohnsitz endlich vorbei: Sie haben einen Platz in dem Bauprojekt der Ambulanten Hilfe in der Schwiebinger Straße bekommen. Für die Bewohner ist das nicht nur ein neues Zuhause – sondern vielleicht auch ein Schritt in eine bessere Zukunft.

Von Suscha Sever

„Für mich ist das mehr als ein Lottogewinn“, sagt Markus Glaser. Der 44-jährige Arbeitslose hat sich am gestrigen Mittwochmorgen von der Ambulanten Hilfe drei Wohnungsschlüssel geben lassen und bezieht gerade zusammen mit seiner Schilddrüse Sunny die Einzimmerwohnung im Parterre. Glaser ist einer der 18 Personen, die in der Schwiebinger Straße 79 ein neues Zuhause gefunden haben.

„Die Ambulante Hilfe ist eine unverzichtbare Säule des Wohnungsmarkts in Stuttgart“, lobt Gabriele Müller-Trimbusch. Die Sozialbüroleiterin hält die Architektur des zweistöckigen Hauses mit den 15 Mietwohnungen für sehr gelungen und hofft, dass für manche Neubewohner dies ein Start in ein eigenverantwortliches Leben ist. Das Wohnhaus ist bereits das zehnte

Bauprojekt der Ambulanten Hilfe und ist mit zwölf Einzimmerwohnungen und drei Wohnungen für Zweipersonenhaushalte ausgestattet. Es wurden einfache und langlebige Materialien für das Gebäude gewählt“, sagt der Architekt Oliver Logas.

„Das ist meine erste eigene Wohnung seit sieben Jahren“, sagt Doris Mayer. Zusammen mit ihrem Freund Uwe Bröckel war sie die letzten drei Monate in einem vom Sozialamt zugewiesenen Hotel untergebracht – jetzt heißt es: gemeinsam Einziehen in die eigenen vier Wände. Auch der Collie darf mit, denn Haustiere sind willkommen.

„Als Arbeitsloser mit Hand hat man auf dem Wohnungsmarkt keine Chance“, sagt Michael Einwecht. Der Sozialarbeiter der Ambulanten Hilfe weiß, dass sich die Bauprojekte der neuen Bewohner oft ähnlich: Suchtprobleme, Arbeits- und Obdachlosigkeit kennzeichnen oft den bisherigen Lebensweg.

„In Stuttgart gibt es ungefähr 2000 Plätze für wohnungslose Menschen“, sagt Edda Schneider-Klett vom Sozialamt. Die Leiterin der Abteilung Sozialarbeit weiß, welche Aufgaben zu erfüllen hatten: Sie müssen mindestens drei Jahre in Stuttgart leben, dürfen eine bestimmte Einkommensgrenze nicht überschreiten, müssen in Beratung bei der Ambulanten Hilfe und dringend wohnungssuchend sein. „Aber es ist kein Wohlfühn“, sagt Rainer Peter Schumacher, die Mietverträge



Nicht nur die Bewohner sind zufrieden: Auch Henry von Bose, Gabriele Müller-Trimbusch und der Architekt Oliver Logas (von links) sind von dem Neubau begeistert. Foto: Suscha Sever

und die Betreuungsvereinbarungen wien getrennt zu sehen. Die Ambulante Hilfe ist zugleich Bauherr, Eigentümer und Vermieter. Fünf Euro pro Quadratmeter zahlt Markus Glaser, und sein Mietvertrag ist unbegrenzt. Der gelernte Metzger lebte drei Jahre auf der Straße und weiß: „Wenn man ohne Wohnung in Stuttgart ist, dann geht nichts mehr.“

Die Ursachen für ein Leben ohne eigene Wohnung sind vielfältig: Scheidungen, Schulden, Arbeitslosigkeit, psychische Probleme. „In Zeiten von Hartz IV wird es für die Menschen immer schwieriger“, sagt Schneider-Klett. Markus Glaser befreit schon dem nächsten Sommer entgagen: „Ein Grillabend mit Freunden bei mir – das wars.“